

Antrag der Fraktionen CDU, FWG und FDP

Resolution des Kreistages Kaiserslautern

„Falsche Inzidenzzahlen umgehend korrigieren“

In den offiziellen und nun rechtlich bindenden Zahlen des Robert-Koch-Instituts zum Infektionsgeschehen sind die hier wohnenden Angehörigen der Streitkräfte nur dann erfasst, wenn sie erkrankt sind. Das hat zur Folge, dass die Zahlen weit höher ausgewiesen werden, als in anderen Regionen. Obwohl dieser Fehler offenkundig ist, werden diese Inzidenzwerte als Maßstab für weitreichende, die Grundrechte einschränkende Maßnahmen nach Infektionsschutzgesetz und Corona-Bekämpfungsverordnung zugrunde gelegt.

Der statistische Fehler schlägt sich sogar doppelt nieder, weil einerseits bekannte positive Fälle von Streitkräfteangehörigen, die hier nicht mit Wohnsitz gemeldet sind, zugerechnet werden. Andererseits aber zehntausende gesunde Menschen, die hier leben, aber nicht meldepflichtig sind, nicht eingerechnet werden. Der statistische Fehler liegt im Schnitt bei ca. 15 bis 20 „Inzidenzpunkten“ und ist daher erheblich.

Der Landrat hat sich in dieser Angelegenheit mehrfach an die zuständigen Stellen von Land und Bund gewendet. Das Problem ist bekannt, aber anstatt eine tragfähige Lösung zu finden, hat es sich nun deutlich verschärft und ist von hoher praktischer Relevanz. Denn seit dem Wochenende liegen wir unter Anrechnung der Streitkräfte unter Inzidenz 100 (und selbst das ist nur ein Teil der nach LFAG relevanten Zahlen). Bei den offiziellen Zahlen des RKI liegt der Landkreis hingegen über 100 – mit weitreichenden Folgen für die Menschen im Landkreis.

Der Kreistag Kaiserslautern erwartet, dass in den Inzidenzwerten, auf denen die Einschränkungen beruhen, den tatsächlichen Gegebenheiten angepasst und wahrheitsgemäß berechnet werden.

Der Kreistag Kaiserslautern fordert die Landesregierung auf, die ihr bekannten Zahlen zu den hier stationierten Streitkräfteangehörigen an die zuständigen Stellen des Bundes weiterzugeben und auf deren Berücksichtigung zu drängen. Dazu gehören ausdrücklich auch die Angehörigen der Streitkräfte, die nicht in die Berechnung des LFAG einfließen. Der Kreistag erwartet, dass die Zahlen komplett offengelegt und deren Weiterleitung mit höchster Priorität –nicht nur auf Arbeitsebene- verfolgt wird.

Der Kreistag Kaiserslautern unterstützt den Landrat bei allen Bemühungen, die zu einer Korrektur der offensichtlich falschen Berechnung auf den Seiten des RKI führen. Dazu gehören ausdrücklich auch juristische Schritte und die Unterstützung Dritter bei deren Vorgehen.